

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 8 99 846 pbbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Lothar Flacher MdB zur ersten gemeinsamen Tagung der Forschungs- und Technologieausschüsse der beiden deutschen Parlamente: DDR-Forschung vor Existenzfrage.

Seite 1

Dokumentation

Die stellvertretende Partei- und Fraktionsvorsitzende der SPD, Herta Däubler-Gmelin MdB, hielt anlässlich der Verleihung des Fritz-Bauer-Preises der Humanistischen Union an die Beauftragte der Bundesregierung für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen, Frau Staatsminister a.D. Lieselotte Funcke eine Rede, die wir - leicht gekürzt - in zwei Teilen dokumentieren. (Teil I)

Seite 3

45. Jahrgang / 114

19. Juni 1990

DDR-Forschung vor Existenzfrage

Zur ersten gemeinsamen Tagung der Forschungs- und Technologieausschüsse der beiden deutschen Parlamente

Von Lothar Flacher MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Fraktion im Forschungs-Ausschuß des Deutschen Bundestages

Das erste gemeinsame Treffen der Forschungs- und Technologieausschüsse der beiden deutschen Parlamente am Mittwoch ermöglicht es uns nicht nur über die Forschungslandschaft und die derzeitige Forschungspolitik der DDR zu sprechen, sondern erlaubt es uns auch die Sorgen und Ängste der verantwortlichen Politiker und Forscher aus der DDR direkt kennenzulernen und zusammen Konzepte für die Forschungspolitik in einem vereinten Deutschland zu entwickeln.

Die bisher veröffentlichten Zahlen und Prognosen aus der DDR und die vom Institut für Gesellschaft und Wissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg erstellte Studie zur Forschungssituation in der DDR sind alarmierend.

Erschreckend ist allerdings auch die bisherige Konzeptionslosigkeit des Bundesforschungsministeriums. Während die SPD schon im Dezember 1989 Sofortmaßnahmen zur Unterstützung der DDR-Forschungslandschaft gefordert hatte, gefiel sich der Bundesforschungsminister in vagen Andeutungen und unzureichenden Hilfszusagen. Selbst im zuständigen Arbeitskreis der Unionsfraktion wurden die bisherigen Abmachungen und Vorschläge zur Umgestaltung der Forschungslandschaft der DDR als unzureichend kritisiert. Nicht nur von uns Sozialdemokraten, sondern unter anderem auch vom forschungspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion Christian Lenzer wurde Minister Riesenhuber gebeten, endlich Verantwortung für die Forschungslandschaft in Gesamtdeutschland zu übernehmen und tragfähige Konzepte für die Kooperation zu entwickeln.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Kundenservice
auf vertriebsfähigen
Breyer-Papier



Wenn jetzt nicht schnell und entschlossen gehandelt wird, stellt sich schon bald für den größten Teil der Forschung in der DDR die Existenzfrage. Die wirtschaftliche Krise der DDR überträgt sich auf das gesamte Wissenschafts-, Forschungs- und Entwicklungssystem unmittelbar und nicht ohne Grund bangen die FuE-Beschäftigten in der DDR-Industrie um ihren Arbeitsplatz. Selbst wenn jetzt schnell und großzügig Überbrückungsmaßnahmen anlaufen sollten, bleiben angesichts der Geschwindigkeit des Vereinbarungsprozesses genügend Zweifel, ob die Industrieorientierten FuE-Einrichtungen der DDR überhaupt genügend Zeit für die Umstellung haben.

Es ist bekannt, daß die Modernisierung der DDR-Wirtschaft nicht aus eigener Kraft zu leisten ist, und daß der Gesundenschrumpfungs- und grundlegende Erneuerungsprozeß der DDR-Forschungsstrukturen nicht ohne Stellenstreichungen und Einschnitte erfolgen kann.

Es ist auch bekannt, daß die DDR-Forschungslandschaft aus zahlreichen Gründen (starre Planvorgaben, Autarkiepolitik, bürokratische Hemmnisse, Abkoppelung von der internationalen Forschung, Auswirkungen der COCOM-Liste, et cetera) zur Zeit mit den forschungs- und technologiepolitischen Standards und Möglichkeiten westlicher Industrieländer nicht mithalten kann.

Trotz dieser erschwerten Forschungsbedingungen hat die DDR in zahlreichen Forschungsinstituten der Akademie der Wissenschaften eine sehr gute wissenschaftliche Arbeit geleistet. Zu nennen sind Erfolge in der Krebsforschung und der Laser-Chirurgie, der Astronomie und der Entwicklung optoelektronischer Bauelemente für Lichtleiter. Unter anderem verfügen das Zentralinstitut für Kybernetik und Informationsprozesse und das Institut für Biomedizin (Molekularbiologie, Krebsforschung, Herz- und Kreislauferkrankungen) unter ihrem Leiter Professor Günter Pasternak über einen ausgezeichneten Ruf auch bei uns. Während der Wunsch nach Anerkennung und Förderung neuer Großforschungseinrichtungen (GFE) wie zum Beispiel für das Institut für Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Großforschungseinrichtungen stößt, hört man vom Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) nur zögerliche Töne.

Wir müssen schon jetzt die entscheidenden Weichen für das Überleben der wichtigsten Forschungs- und Technologiekapazitäten der DDR stellen und ein sinnvolles Zusammenwachsen der beiden deutschen Forschungslandschaften in die Wege leiten. Wir fordern daher, die Einberufung eines deutschen Wissenschafts- und Forschungsrates, der die Ziele und Aufgaben einer gemeinschaftlichen Forschungspolitik ausarbeitet und wir fordern außerdem eine angemessene Beteiligung der Länder an der zukünftigen Forschungspolitik.

Wir Sozialdemokraten hoffen, daß die erste gemeinsame Sitzung der beiden Forschungsausschüsse in der oben angegebenen Richtung genügend Impulse gibt und dadurch in der DDR-Forschungslandschaft Kahl-schlag, Chaos und Arbeitslosigkeit weitgehend vermieden werden können. In den Diskussionsprozeß sollte allerdings auch die Forschungspolitik der Bundesregierung miteingebracht werden und zu einer neuen Ausrichtung führen. Der Bundesforschungsminister Riesenhuber muß nun endlich von unsinnigen Forschungs-großprojekten, die sich weder forschungs-, noch wirtschaftspolitisch rechnen, Abschied nehmen. Sie belasten den Forschungshaushalt in nicht mehr zumutbarer Höhe und verhindern dadurch andere sinnvollere Projekte, jetzt auch in der DDR.

(-/19.6.1990/rs/ks)

DOKUMENTATION

Auszeichnung für eine Radikal-Liberale (Teil I)

Die stellvertretende Partei- und Fraktionsvorsitzende der SPD, Herta Däubler-Gmelin MdB, hielt anlässlich der Verleihung des Fritz-Bauer-Preises der Humanistischen Union an die Beauftragte der Bundesregierung für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen, Frau Staatsminister a.D. Liselotta Funcke, am 16. Juni 1990 in Mainz eine Rede, die wir - leicht gekürzt - in zwei Teilen dokumentieren.

Fritz Bauer schrieb 1962 in einem Brief: "Ich bin 1949 aus der Emigration zurückgekehrt, um - im Rahmen des mir vielleicht Möglichen - etwas für den Menschen und die Menschen zu tun und sie etwas von meiner Verbundenheit mit allem Menschlichen spüren zu lassen, die mich unerschütterlich erfüllt." In diesem Geist wird der Fritz-Bauer-Preis der Humanistischen Union nach dem frühen Tod des ehemaligen hessischen Generalstaatsanwaltes Fritz Bauer im Jahre 1968 alljährlich an Frauen und Männer verliehen, die unbequem und unerschrocken der Gerechtigkeit und Menschlichkeit Geltung verschaffen.

Das alles gilt für Sie, liebe Frau Funcke, in besonderem Maße. Unbequem sind Sie für alle diejenigen, die unnachgiebig und den einzelnen Menschen nicht achtend Prinzipien durchsetzen wollen und unerschrocken sind Sie, sozusagen als Frau David mit Ihrer kleinen Behörde gegen die großen Goliath-Apparate der Ministerien und Verwaltungen. Aber vor allen Dingen sind Sie von der gleichen unerschütterlichen Menschlichkeit erfüllt, die auch Fritz Bauer immer antrieb. In Ihrer Dankesrede bei der Verleihung des Moses-Mendelssohn-Preises 1984 sagten Sie ganz in diesem Sinne: "Ich denke, Menschlichkeit auch in der Politik ist keine Schwäche, sondern ein Zeichen der Stärke und eine notwendige Voraussetzung für ein Leben in Freiheit..." Eine Aussage einer starken Frau.

Sie sind die siebte Preisträgerin des Fritz-Bauer-Preises - neben elf männlichen Preisträgern. Dieser ungewöhnlich hohe Anteil von Frauen, der im übrigen genau unserer Quota von 40 Prozent entspricht, ist dem Preis in keiner Weise abträglich gewesen. Er ist ihm vielmehr gut bekommen und beweist, daß Verdienste um Humanisieren, Liberalisierung und Demokratisierung unseres Gemeinwesens nicht nur unabhängig von Herkunft und Beruf sind, sondern insbesondere auch vom Geschlecht.

Die Humanistische Union hat die Vergabe des Fritz-Bauer-Preises an Sie, liebe Frau Funcke, damit begründet, daß Sie sich über viele Jahre hinweg auch in wechselvollen politischen Zeiten immer konsequent für Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit eingesetzt haben, ohne Rücksicht darauf, ob diese politisch opportun war oder nicht. So ist es. Als Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, einem Amt, das nicht von seinen Kompetenzen, sondern von der Persönlichkeit seiner Inhaberin lebt, haben Sie einen ganz entscheidenden Beitrag für Toleranz und gegenseitiges Verständnis geleistet. Ihr politischer Lebensweg weist alle Merkmale der Unbequemlichkeit, des Gegen-den-Strom-Schwimmens auf, die auch die anderen Preisträger und Preisträgerinnen gekennzeichnet haben. Alle waren entweder in ihrem ganzen politischen oder gesellschaftlichen Leben oder doch an entscheidenden Stationen Grenzgänger oder Einzelkämpfer. Für Sie, liebe Frau Funcke, gilt das in besonderem Maße in Ihrer heutigen Position.

Doch auch in anderen Phasen ihres politischen Lebens mußten Sie kräftig gegen den Strom schwimmen, als Frau in der Politik, als bewußte protestantische Christin in der Politik, als Liberale oder besser noch als Radikal-Liberale in der Politik. Leitender Maßstab für Sie war aber immer Menschlichkeit. Das ist auch heute so...

Männliche Betrachter Ihrer Politik, liebe Frau Funcke, legen großen Wert darauf, zu betonen, Ihre Politik sei nie feministisch gewesen. Solche typisch männlichen Politikeranstrengungen rufen bei mir immer ein teils resigniertes, teils nachsichtiges Lächeln hervor, versuchen sie doch auch mit diesem "Lob" bewußt oder unbewußt, Frauen auseinanderzudividieren. Sie, liebe Frau Funcke, haben in Ihrer Zeit im Deutschen Bundestag sehr viel für die Frauen getan. Sie haben nicht unbedingt heute gängige feministische Parolen wiederholt, das ist vielleicht auch eine Generationenfrage. Aber Sie haben immer wieder betont, daß Gleichberechtigung ein unverzichtbares Ordnungsprinzip unserer Demokratie ist. Daß es erfüllt werden muß. Schlicht und einfach. Sie haben mitgefochten für die Hausfrauenrente, für Teilzeitarbeitsmöglichkeit für Beamtinnen, für die steuerliche Absetzbarkeit der Fortbildungskosten von Ehefrauen, für die Anrede "Frau" in Öffentlichkeit und amtlichem Sprachgebrauch, damit die unverheirateten Frauen endlich nicht mehr als "Fräulein" abqualifiziert werden, für die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts für die Frauen und Kinder aus gemischt-nationalen Ehen, für den Versorgungsausgleich, der vornehmlich Frauen mit Kindern zugute kommt.

Maßgeblichen Einfluß hatten Sie auch auf die Steuerreformen der siebziger Jahre. Hier waren wir nicht immer einer Meinung. Bisweilen sogar außerordentlich wenig. Wie sollte das im Bereich Wirtschaft bei Liberalen und Sozialdemokraten auch anders sein. Aber beim Kampf um die Fristenregelung standen wir Seite an Seite. Ich erinnere mich an Ihre bewegenden Worte damals: "Frauen werden nie begreifen, warum eine Frau bestraft wird, wenn sie im zweiten Monat ein Kind abtreibt, nicht aber der Pilot, der über einer Wohngegend eine ganze Bombenladung ausklinkt."

Und genauso aktuell sind heute noch Ihre Erwiderung auf den sehr harten und von strafrechtlichem Verfolgungsgedanken geprägten Beitrag eines CSU-Politikers, der keinerlei Verständnis für Probleme, Schwierigkeiten und Konflikte von Frauen aufbrachte. Sie haben damals gesagt: "Niemand von uns kommt heute aus diesem Raum ohne Schuld, nicht die, die das Wagnis auf sich nehmen, nach Jahrtausenden der Strafandrohung gegenüber den Frauen diese zurückzunehmen und durch bessere Methoden zu ersetzen, nicht die unter uns, meine Damen und Herren, die meinen, bei der Rechtfertigung des Schwangerschaftsabbruchs sich allein in juristischen Kategorien bewegen zu müssen, aber auch nicht diejenigen unter uns, die meinen, wenn sie alles mehr oder weniger beim jetzigen Zustand belassen, wäre alles mehr oder weniger in Ordnung. Denn sie müssen auf ihr Gewissen nehmen, was Stunde um Stunde, Minute um Minute bei uns unter nicht hinreichend bekannten Umständen an Not, an Bedrängnis, an Unberatenheit, an Verzweiflung, an Drängen durch den Partner und auch an Nötigung gegenüber Ärzten, die einmal zur Hilfe bereit waren, geschieht. Meine Damen und Herren, wir haben das alles auf dem Gewissen. Niemand von uns kann von einer Lösung sprechen, die keinen Rest läßt."

Das sagten Sie, Frau Funcke, im Jahre 1974. Ich wiederhole das hier so ausführlich, weil heute von den Vertretern männlicher Dominanz wieder und weiter versucht wird, mit der Strafandrohung - jetzt gewänderten - Paragraphen 218 Frauen einzuschüchtern, an den Pranger zu stellen und Ärzte unter Druck zu setzen. Wer hätte damals gedacht, daß Jahre nach dieser Debatte, nach der sich zunächst ja ein gewisser gesellschaftli-

cher Konsens anzukündigen schien, ein Memmingen mit seinen mittelalterlich anmutenden Verfolgungen noch möglich sein würde? Wir wissen heute genauso wie damals bei der Debatte um die Fristenregelung, daß die Strafdrohung am wenigsten dem Schutz des werdenden Lebens dient.

Wir stehen deshalb an der Seite der Frauen in der DDR, die sich dagegen wehren, einfach unseren Paragraphen 218 übergestülpt zu bekommen. Wir wollen für das geeinte Deutschland vielmehr eine Regelung, die Erziehung zu verantwortlicher Sexualität ebenso vorsieht wie Enttabuisierung, ja Förderung der Verbreitung von Verhütungsmitteln. Wir wollen, daß jede Schwangere ein Recht auf Hilfe und Beratung bekommt - ganz unabhängig von Schwangerschaftskonflikten und Strafrecht, dem in der Form der Fristenregelung nur eine begleitende Funktion zukommen kann. Und wir wollen mehr Rechte und Chancen für Mütter, besonders auch für jene große Zahl von Alleinerziehenden, denen unsere Gesellschaft heute häufig lediglich die kärgliche und abhängige Position einer Sozialhilfeempfängerin zuweist. Keine verlockende Perspektive für eine Frau in Schwangerschaftskonflikten. Das muß geändert werden. Das müssen wir erreichen.

1979 endete unsere persönliche sozialliberale Zusammenarbeit in Bonn vorübergehend, weil Sie als Wirtschaftsminister, wie es immer heißt, ich bevorzuge aus Prinzip und weil's stimmt, die Bezeichnung Wirtschaftsministerin, nach Düsseldorf gingen. Ihre Zeit in der Landesregierung Nordrhein-Westfalens endete relativ schnell, weil die FDP nicht wieder in den Landtag zurückkehrte. Politiker- Politikerinnen-Risiko.

Sie haben mit wenigen Mitstreiterinnen und Mitstreitern in Ihrer Partei um den Erhalt der sozialliberalen Koalition gekämpft. Ich, und sicherlich nicht ich allein, habe Sie dafür bewundert - lief doch der Zug schon längst in Richtung auf die konservative "Wende". Typisch für Sie - sin Ihrer "Unbequemlichkeit" und "Unerschrockenheit" war Ihr damaliger Brief an den FDP-Vorsitzenden: "Lieber Hans-Dietrich, für die Liberalen dürften nach meiner Einschätzung jedoch entscheidend die moralischen und nicht taktischen Erwägungen sein ...". Klare verbindliche Worte - übrigens nicht nur bei der FDP, und nicht nur in der damaligen Situation angebracht. 1981 wurden Sie nach dem ersten Amtsinhaber Heinz Kühn zur Beauftragten der Bundesregierung für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen ernannt - kurz - zur Ausländerbeauftragten der Bundesregierung. Die ZEIT hat dazu vor einigen Jahren resümiert - nach Ihrer beeindruckenden parteipolitischen Karriere, hätten Sie letztlich nichts beibehalten als die "einfache, kritisch loyale Parteiliederschaft und die 60-Stunden-Woche - ehrenamtlich". Sie haben sich bewußt freigegeben. "Frei sein, um andere frei zu machen" so hieß ein 1984 von Ihnen herausgegebenes Buch, ist Voraussetzung für Ihre Art, das Amt als Ausländerbeauftragte mit Leben zu erfüllen.

Ihre Dienststelle ist klein: Mit nur vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des höheren Dienstes, einer Sekretärin, einer Verwaltungsfachkraft und einem Fahrer bewältigen Sie Ihren Berg von Arbeiten. Und trotzdem hat Ihr Name, Ihre Arbeit, Ihr Amt bei den ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Ihren Familien einen guten Klang. Oft sind Sie Ratgeber bei einer der vielen Diskussionen unter den ausländischen Arbeitnehmern und Ihren Familien, die heute bei uns noch leben, letzte Anlaufstelle, wenn Familienangehörige nicht nachziehen dürfen, werden um Hilfe gebeten, wenn ausländischen Arbeitnehmern Ausweisung droht. Sie kümmern sich darum, was aus jugendlichen Ausländern wird, die nach Rückkehr in ihre Heimatländer nicht mehr heimisch werden.

Worum es auch geht: Immer sind Sie und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entschiedene Anwälte für die Bürgerinnen und Bürger mit ausländischer Staatsangehörigkeit bei uns im Lande. Zuständig sind Sie nur für die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien. Um politische Flüchtlinge und Asylbewerber dürfen Sie sich von Amts wegen nicht kümmern, was die Menschen indes nicht hindert, sich auch an Sie zu wenden, und Sie nicht hindert, bei gegebenem Anlaß Ihre Stimme für sie zu erheben.

In den Heimatländern der Ausländer hat Ihre Arbeit weitaus größere Wertschätzungen erfahren, als von Regierungen und Behörden hierzulande. Das zeigen die vielen Orden und Ehrungen, die sie von dort bekommen haben: Die Ehrendoktorwürde der wirtschafts- und verwaltungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bursa in der Türkei, die Ihnen 1984 verliehen wurde, das Großkreuz des Spanischen Zivildienstordens von 1985, die Portugiesische Verdienstmedaille, 1987, der Jugoslawische Stern mit Goldenem Kranz und das Großoffizierskreuz der Italienischen Republik und schließlich das Großkreuz des Portugiesischen Verdienstordens in diesem Jahr. Und ich bin nicht sicher, daß ich alles vollständig aufgezählt habe.

(-/19.6.1990/rs/ks)

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe).